

- e) Die Dienststellen des AZKW an den Kontrollstellen werden als PKA bezeichnet.
- f) Dem PKA obliegt die Kontrolle prüfpflichtiger Sendungen. Die Mitarbeiter des AZKW entscheiden über die vollständige Beschlagnahme, die Rücksendung an den Absender, die Weiterleitung an den Empfänger sowie über die Entnahme von Inhaltsteilen der vorgeführten Postsendungen nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Jede Maßnahme in diesen Fällen wird uneingeschränkt vom PKA vertreten.
-
-

Ausnahmen

A.

.....

.....

B. Beim Auffinden von Hetzmaterial, Waffen u. a. wird die gesamte Sendung beschlagnahmt. Ein Protokoll wird nicht ausgefertigt. In diesen Fällen wird die gesamte Sendung den zuständigen Organen gegen Quittung im Übergabebuch übergeben. Das PKA hat dem Leiter der Abt. S bzw. des Vrz.PA davon Kenntnis zu geben und ihm Einsicht in das Übergabebuch zu gewähren.

C. Literatur, militärische Spielzeuge und Waren antidemokratischen und kulturfeindlichen Charakters, die aus den Sendungen entnommen werden, sind mit dem Nummernstempel des Kontrolleurs zu versehen.

.....

.....

Die Einhaltung dieser Vereinbarung ist durch den Leiter der HA Post- und Zeitungswesen des MPF vierteljährlich zu kontrollieren.

Diese Vereinbarung tritt am 15. 3. 1956 in Kraft.

Für das MPF	Für das AZKW
gez. Grützmaker	gez. Ruh, Leiter des Amtes

D. Verletzung des Rechts auf Freizügigkeit

Praktisches Verbot der Übersiedlungen

Zu denjenigen Grundrechten, die besonders entscheidend für das persönliche Leben des Bürgers sind, gehört auch das Recht, sich an einem beliebigen Ort niederzulassen oder auszuwandern. Die Verfassung der Sowjetzone sichert ihren Bürgern dieses Recht ebenfalls zu und legt hierzu fest, daß es nur auf Grund eines für alle geltenden Gesetzes eingeschränkt werden darf. Gesetze, in denen für jeden Bürger ersichtlich geregelt ist, wann und unter welchen Voraussetzungen er von dem Recht auf Freizügigkeit Gebrauch machen, insbesondere wann er in die Bundesrepublik übersiedeln kann, gibt es in der Sowjetzone jedoch nicht. Das besondere Bestreben der Zonenmachthaber geht dahin, nicht nur den „legalen Verzug“ in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin zu verhindern, sondern auch den Reiseverkehr dorthin weitgehend zu drosseln. Hierzu sind aber nicht, wie in der Verfassung vorgeschrieben, für alle gültige Gesetze ergangen, sondern die Verwaltungs- bzw. Polizeidienststellen wurden durch vertrauliche Verfügungen angewiesen, die erforderliche Übersiedlungsgenehmigung fast immer zu versagen und erheblich weniger Besuchsreisen zuzulassen.

Die vertraulichen Dienstanweisungen sind zumeist vom Innenministerium der Sowjetzone erlassen worden. Sie gehen zurück auf eine Erklärung, die der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, auf der 33. Plenartagung des Zentralkomitees abgegeben hat. Nach den vertraulichen Weisungen haben sich auch die bei den Räten der Kreise gebildeten „Verwaltungskommissionen für den innerdeutschen Reiseverkehr“ auszurichten, als deren Hauptaufgabe es angesehen wird, die Antragsteller von einer Übersiedlung in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin abzuhalten.

DOKUMENT 48

Aus: „Grundfragen der ökonomischen und politischen Entwicklung in der DDR“
von Walter Ulbricht, Erster Sekretär des ZK der SED

.....

II. Grundfragen der staatlichen Entwicklung

.....

.....

Es ist nun die Frage gestellt worden, wie vom politischen und strafrechtlichen Standpunkt die Republikflucht und das Wechseln des Wohnsitzes aus der Deutschen Demokratischen Republik und dem demokratischen Sektor Berlins nach Westdeutschland und Westberlin zu beurteilen sind. Jede Flucht oder Übersiedlung nach Westdeutschland bedeutet eine Hilfe für die westdeutsche Militärbasis der NATO mit Arbeitskräften und einen Verlust von Arbeitskräften in der DDR. Eine Republikflucht ist Verrat an den friedlichen Interessen des Volkes und nützt Westdeutschland, das NATO-Basis ist. Es ist notwendig, eine große Aufklärungsarbeit zu führen, daß kein Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sich von den westdeutschen Werbemännern verleiten läßt, nach Westdeutschland zu ziehen. **Wir müssen alle Menschen davor bewahren, daß sie von den westdeutschen Großkapitalisten ausgebeutet und erniedrigt werden.** Vor allem ist es notwendig, den Menschen zu erklären, warum das westdeutsche System des militaristischen Obrigkeitsstaates keine Zukunft hat und warum die Erhaltung des Friedens die Stärkung der DDR erfordert und deshalb kein Arbeiter, kein Angehöriger der Intelligenz, kein Bauer aus kleinlichen wirtschaftlichen oder persönlichen Gründen nach Westdeutschland ziehen darf. Selbst nach Untersuchungen westdeutscher Stellen sind es nicht politische Gründe, sondern meist kleine persönliche Gründe, die den einen oder anderen veranlaßt haben, die Heimat zu verlassen und in das westdeutsche NATO-Gebiet zu ziehen.

.....

.....

Quelle: Referat auf der 33. Tagung des Zentralkomitees der SED vom 16.—19. 10. 1957, Sonderbeilage der Zeitung „Neues Deutschland“, S. 32.

DOKUMENT 49

Aus: „Zur Arbeit der Kommissionen für den innerdeutschen Reiseverkehr bei der Prüfung von Anträgen auf Übersiedlung nach Westdeutschland“
von Otto Schaefer

Die 33. Tagung des Zentralkomitees der SED stellte nachdrücklich fest, daß jede Übersiedlung nach Westdeutschland eine Hilfe für die westdeutsche Militärbasis